

Klimafreundlich durch ganz Sachsen: Zukunftsfähige Mobilität für alle!

Die Linksfraktion macht sich in den Haushaltsverhandlungen für eine klimafreundliche, zukunftsfähige Mobilität für alle stark. Bei zahlreichen wichtigen Programmen im Verkehrsbereich will die Staatsregierung massiv den Rotstift ansetzen. Andere wesentliche Vorhaben, auch solche aus dem Koalitionsvertrag, tauchen im Etat-Entwurf gar nicht auf. Das sind die wichtigsten verkehrspolitischen Projekte, die aus LINKER Sicht zwingend im kommenden Doppelhaushalt festgesetzt werden müssen:

I Günstige ÖPNV-Tickets für alle

Alle Menschen sollen unabhängig vom Geldbeutel mobil sein können – auf ökologische Weise. Derzeit stehen hohe Fahrpreise diesem Ziel entgegen. Langfristig ist ein solidarisches Finanzierungssystem nötig. Das Hin und Her beim Bildungsticket zeugt vom Unwillen der Koalition, genug Geld in die Hand zu nehmen, damit junge Menschen ihre Wege mit Bus und Bahn zurücklegen können. Wir fordern:

- Ein **Tarifmoratorium** für Sachsen, so dass in keinem Verkehrsverbund die Ticketpreise weiter steigen. Entsprechende Einnahmeausfälle sind vom Freistaat zu ersetzen.
- **Sozialtickets** in allen sächsischen Verkehrsverbänden. Kommunen erhalten entsprechende Fördermittel, wenn sie ÖPNV-Sozialtickets anbieten.
- Ein **Bildungsticket**, das nicht nur für Schülerinnen und Schüler, sondern auch für alle Auszubildenden und alle Freiwilligendienst-Leistenden in Sachsen gilt. Spätestens zu Beginn des Schuljahres 2022/2023 muss der monatliche Eigenanteil auf zehn Euro gesenkt und die Gültigkeit des Tickets auf die ÖPNV-Nutzung in ganz Sachsen erweitert werden.
- Ein Modellprojekt „**Entgeltfreier ÖPNV**“, das in einem Mittelzentrum solidarische ÖPNV-Finanzierungskonzepte erprobt.

II Starke Schiene – für Personen und Güter

2021 ist das „Europäische Jahr der Schiene“. Statt ein Zeichen für den Ausbau des Schienenverkehrs zu setzen, lässt die Regierung wichtige Vorhaben zur Verkehrsverlagerung von Personen und Gütern auf die Schiene schleifen. Wir fordern:

- Die **Wiederinbetriebnahme stillgelegter Schienenstrecken**, beispielsweise der Strecken Döbeln-Meißen, Pockau-Marienberg und Narsdorf-Rochlitz. Fördermittel des Bundes für bis zu 90 Prozent der Planungs- und Investitionskosten müssen endlich beantragt werden. Die nicht vom Bund abgedeckten Kosten sind vom Freistaat zu erbringen.
- Die Umsetzung des Projekts »**Rollende Landstraße**« von Polen nach Sachsen, um Güter von der Autobahn auf die Schiene zu bringen. Empfehlungen aus einer Machbarkeitsstudie, etwa zur finanziellen Unterstützung der Produktion von Spezialwaggons in Sachsen durch Landeshilfsleistungen, müssen gefolgt werden.
- **Weitere Lärmschutzmaßnahmen an Eisenbahnstrecken**. Die geplante drastische Kürzung dieser Mittel muss unterbleiben, damit der Ausbau der Schienenwege auf Akzeptanz trifft.

III Investitionen in den Bestand: Moderne Busse und Bahnen statt volle Rumpelzüge

Für die stärkere Verkehrsverlagerung ist es unerlässlich, massiv in den ÖPNV zu investieren. Zudem sind die Kosten für neue Omnibusse (Stichwort: Elektromobilität) gestiegen. Hinzu kommen hohe Eigenanteile bei der Anschaffung neuer Busse und Bahnen. Eine zügige Umrüstung der Flotten ist möglich, wenn sich die Kommunen auf den Betrieb konzentrieren können. Wir fordern:

- Mehr Mittel im **ÖPNV-Landesinvestitionsprogramm** zur Förderung von Fahrzeugen mit barrierefreier Ausstattung und Infrastrukturmaßnahmen sowie die Senkung der Eigenanteile bei Fahrzeugen von 50 Prozent auf 25 Prozent.
- Umschichtung von **Regionalisierungsmitteln** des Bundes zugunsten der nicht-investiven Mittel, damit die Zweckverbände mehr Mittel für die Leistungserbringung ausgeben können.

IV Sicherheit im Straßenverkehr erhöhen

Im [Bundesländerindex Mobilität und Umwelt](#) 2020/2021 liegt Sachsen beim Thema Verkehrssicherheit auf dem letzten Platz. Dennoch sieht der Haushaltsentwurf vor, die Mittel für Verkehrssicherheit um zwei Drittel zu kürzen. Fußgängerinnen und Fußgänger sind am stärksten gefährdet. Wir fordern:

- Die Mittel zur Verbesserung der **Verkehrssicherheit** nicht kürzen.
- Mindestens eine Stabilisierung der Mittel für den **Fußverkehr** anstelle drastischer Einsparungen. Um den alltäglichen Fußverkehr sicher für alle zu gestalten, müssen Fußgängerinnen und Fußgänger wieder in das zentrale Blickfeld auch der Landes-Mobilitätspolitik rücken.

V Radelnd unterwegs auf den Straßen – flächendeckend, mit Lasttransport oder ohne

Das Sonderprogramm „Stadt und Land“ des Bundes hat die Staatsregierung offenbar zum Anlass genommen, eigene Mittel für den Radverkehr drastisch einzudampfen. Gleiches gilt für die Förderung von Lastenrädern. Dabei konnte bisher noch kein einziges Lastenfahrrad gefördert werden, da es erst seit Ende 2020 eine entsprechende Richtlinie gibt. Wir fordern:

- Die **Radverkehrsförderung** sollte wenigstens auf dem bisherigen Niveau erhalten bzw. schrittweise erhöht werden. Dabei muss ausgeschlossen werden, dass Geld, das für den Radverkehr vorgesehen ist, in den allgemeinen Straßenbau fließt.
- Statt Kürzung müssen die Mittel für das **Förderprogramm für Lastenfahrräder** stabilisiert werden, um mehr Warentransport auf umweltfreundliche Verkehrsträger zu verlagern.

VI Weniger Lärm und CO₂-Ausstoß an sächsischen Flughäfen

Schon heute gilt der Flughafen Leipzig/Halle als lauteste stadtnahe nächtliche Lärmquelle Deutschlands. Gerade angesichts des Ausbaivorhabens ist es höchste Zeit für mehr Lärmschutz. Wir fordern:

- Die unverzügliche Benennung eines **Fluglärmschutzbeauftragten** als unabhängige Ansprechperson für die von Fluglärm betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner.
- Senkung der **Zuschüsse des Landes für die Mitteldeutsche Flughafen AG**, um Anreize für eine schnelle Einführung emissionsabhängiger Landeentgelte zu schaffen.